

Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus

KZ Auschwitz befreit

27.1.1945

27.1.2022

Erinnern

Eine Brücke in die Zukunft

Unterstützer:

AK Lern- und Gedenkort Jawne – AK Regenbogen im ver.di Bezirk Köln-Bonn-Leverkusen – AK AntiFa im ver.di Bezirk Köln-Bonn-Leverkusen – Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Köln – Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat – Bündnis90/Die Grünen Köln – Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte – Centrum Schwule Geschichte – DFG/VK Köln – DGB Region Köln-Bonn – Die Linke Köln – Die Linke. Fraktion im Rat der Stadt Köln – DKP Köln – Evangelische Gemeinde Köln – FDP Kreisverband Köln – Friedensbildungswerk Köln e.V. – Geschichtswerkstatt Kalk – Jugendclub Courage Köln e.V. – Jungsozialisten Köln – Karl Rahner Akademie – Katholikenausschuss – Katholisches Stadtdekanat Köln – Kölner Appell gegen Rassismus e.V. – Kölner Frauengeschichtsverein – Kölner Friedensforum – Kölnische Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit – LAG Lesben in NRW – Jüdische Liberale Gemeinde Köln – LSVD, Lesben- und Schwulenverband – Melanchthon-Akademie – NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln – Pax Christi Köln – Queeres Netzwerk NRW e.V. – Rom e.V. – SPD Fraktion im Rat der Stadt Köln – SPD Köln – Synagogen-Gemeinde Köln – ver.di Bezirk Köln-Bonn-Leverkusen – Verein EL-DE-Haus e.V. – Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten Köln – VOLT-Fraktion im Rat der Stadt Köln – Werkstatt für Ortsgeschichte Köln-Brück



Donnerstag
27. Januar 2022
18.00 Uhr

Kunststation Sankt Peter
Leonhard-Tietz-Str. 6
50676 Köln

Grußwort
Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Sprecher*innen
Maria Ammann
Markus Andreas Klauk
Doris Plenert

Musik
Anna Lindbloom
Robert Faust

Projektgruppe Gedenktag

Anschließend Mahngang zum
Gesundheitsamt am Neumarkt
Es spricht Thomas Deres

Es gilt zG. Die Veranstaltung wird gestreamt.
Aktuelle Infos dazu über www.antonitercitykirche.de
und www.frauengeschichtsverein.de

Erinnern – Eine Brücke in die Zukunft

Wir gedenken der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz und der Millionen Opfer des Nationalsozialismus.

Dieses Mal richten wir unseren Blick auf die Kölner Gesundheitspolitik während der NS-Diktatur. Grundlegend für sie waren Hitlers Ausführungen in „Mein Kampf“: „Der Staat muss Sorge tragen, dass nur, wer gesund ist, Kinder zeugen darf. Umgekehrt aber muss es als verwerflich gelten, gesunde Kinder dem Staat vorzuhalten.“ (1925)

Direkt ab 1933 missbrauchen die Nazis das öffentliche Gesundheitswesen für ihre menschenverachtende Selektionspolitik. Ärzt*innen verletzen den im hippokratischen Eid festgelegten Leitgedanken, die Würde jedes einzelnen Kranken zu achten und ihn vor Schaden zu bewahren. Dem Nationalsozialismus dagegen geht es um die „Gesundheit des Volkskörpers“ und um „Rassenhygiene“. Die Ärzteschaft wird zu einer der wichtigsten Säulen zur Durchsetzung der ‚Rasse‘-Politik. Mit dem NS-Ärztbund bildet sie bald die größte Berufsgruppe innerhalb einer Parteiorganisation. Für die Bevölkerung wiederum wird es als Pflicht definiert, gesund und leistungsfähig zu sein, um dem Staat dienen zu können.

Die Nazis können dabei an Tendenzen anknüpfen, die bereits in der Weimarer Zeit in der Ärzteschaft kursierten. So ist auch ein Kölner Behördenleiter schon in den 1920ern auf sozialdarwinistischem Kurs. **Dr. Carl Coerper**, seit 1926 Beigeordneter für das Gesundheitswesen, richtet schon bald nach seinem Amtsantritt eine „Eugenische Eheberatungsstelle“ ein.

Am 14. Juli 1933 wird das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses verkündet. Angeblich erkrankte Menschen werden zum Objekt staatlicher Verfügungsgewalt. Bereits ab 1934 werden auch Rom*nja und Sinti*zze auf der Grundlage des Gesetzes vor allem unter der vermeintlichen Diagnose des „angeborenen Schwachsinn“ zwangssterilisiert. Aus den Akten des **Erbgesundheitsgerichts Köln** geht hervor, dass ca. 4.000 Zwangssterilisationen an Kölner*innen durchgeführt werden, ein Drittel davon allein in der Frauenklinik unter der Leitung von Prof. Naujoks.

Dem „Erbgesundheitsgesetz“ folgt 1939 das „Euthanasie“-Massenmordprogramm. Allein auf dem Westfriedhof liegen etwa 2.000 Euthanasieopfer, die in Heil- und Pflegeanstalten selektiert und durch Gas, Medikamente oder Hunger ermordet wurden.

Zur NS-Gesundheitspolitik gehört die Verfolgung jüdischer wie auch sozialistischer Ärzt*innen und Schwestern und die Diskriminierung jüdischer Patient*innen: Ab 1937 dürfen jüdische Kranke nicht mehr in Städtische Kliniken aufgenommen werden, auch wenn dies teilweise heimlich noch geschieht. Jüdische Ärzt*innen werden ab 1933 aus Stellungen in der Gesundheitsverwaltung, Kliniken und Krankenhäusern gekündigt und seit 1938 durch Entzug der Approbation gänzlich aus ihrem Beruf gedrängt.

Beispielhaft ist das Schicksal der jüdischen Ärztin **Erna Rüppel**. Sie wächst in Köln auf. Nach dem Abitur studiert sie in Bonn und wird Kinderärztin. Zusammen mit ihrem Mann Hans Rüppel lässt sie sich 1927 in Solingen nieder. Beide führen eine eigene Praxis. Aber Erna Rüppel muss als Jüdin ihre Praxis aufgeben. Auch ihre sogenannte „Mischehe“ wird zum Verhängnis. Wenige Jahre kann sie als „Krankenheilerin“ am Israelitischen Krankenhaus in Ehrenfeld arbeiten. In beeindruckender Weise nimmt sie ihr Schicksal in die eigenen Hände.

Bei der medizinischen **Versorgung der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter**, die seit Kriegsbeginn aus den besetzten Gebieten nach Köln verschleppt wurden, steht allein die Wiederherstellung der Arbeitskraft im Vordergrund. Nur wenn Aussicht auf Heilung besteht, werden sie behandelt. Ernsthaft zu erkranken bedeutet oft den Tod.

Seit 1948 bekennt das „Genfer Gelöbnis“ des Weltärztebundes: „Als Mitglied der ärztlichen Profession gelobe ich feierlich, mein Leben in den Dienst der Menschlichkeit zu stellen. Die Gesundheit und das Wohlergehen meiner Patientin oder meines Patienten werden mein oberstes Anliegen sein. Ich werde nicht zulassen, dass Erwägungen von Alter, Krankheit oder Behinderung, Glaube, ethnischer Herkunft, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, politischer Zugehörigkeit, Rasse, sexueller Orientierung, sozialer Stellung oder jeglicher anderer Faktoren zwischen meine Pflichten und meine Patientin oder meinen Patienten treten.“

Das Genfer Gelöbnis ist Teil der Berufsordnung der deutschen Ärzt*innen. Daran ist auch heute immer wieder zu erinnern.

„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung, der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“ – Schwur der überlebenden Männer und Frauen des KZ Buchenwald von 1945